

Landratsamt Zollernalbkreis
Abfallwirtschaftsamt



Anlage 5-3

zum

Antrag auf Planfeststellung gemäß § 35 Abs. 2 KrWG

**Untersuchung zur Zielabweichung für das
Vorranggebiet (VRG) für Landwirtschaft
des Regionalplans Neckar-Alb**

Deponie Albstadt - Schönbuch

**Ausbau und Betrieb einer DK I, DK 0 und
Weiterbetrieb der DK -0,5 Deponie**

Dezember 2019, geändert Februar 2020

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Anlass	3
2. Beschreibung der Planung	3
2.1 Lage im Raum	3
2.2 Vorhabenspezifische Angaben	4
2.3 Beschreibung des Standorts	6
3. Planerische Vorgaben und Schutzausweisungen	7
3.1 Landesentwicklungsplan (LEP 2002)	7
3.2 Regionalplan Neckar-Alb 2013, (Stand 2. Änderung)	8
3.3 Flächennutzungsplan	9
3.4 Naturschutzrechtliche Ausweisungen	10
3.5 Bodenschutzrechtliche Ausweisungen	10
3.6 Wasserschutzrechtliche Ausweisungen	10
4. Erforderlichkeit	11
5. Alternativen	11
6. Grundzüge der Planung	11
7. Einzelfall	14
8. Raumordnerische Vertretbarkeit	16
9. Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen	18
10. Landschaftsplanerische Stellungnahme zu den Auswirkungen auf die mit den Darstellungen des Regionalplans verfolgten Funktionen	19

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Naturschutzrechtliche Ausweisungen im Untersuchungsgebiet und Umgebung	10
Tabelle 2: Wasserrechtliche Ausweisungen	10

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Lage der Ackerfläche (VRG für Landwirtschaft)	4
Abbildung 2: Geplante Ablagerungsfläche DK 0 und DK I Bereich	5
Abbildung 3: Ausschnitt aus dem Rekultivierungsplan	6
Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013	9
Abbildung 5: Auszug aus dem Regionalplan	14
Abbildung 6: Lage des geplanten Standorts Schönbuch und Balingen im Zollernalbkreis	16

1. Anlass

Das Landratsamt Zollernalbkreis beabsichtigt zur Sicherstellung der Entsorgung von mineralischen Abfällen und Erdaushub zwei bereits vorhandene Deponien im Kreisgebiet zu übernehmen, auszubauen und weiter zu betreiben. Eine dieser Deponien ist die Deponie „Schönbuch“ in Albstadt-Tailfingen.

Derzeit besteht in Baden-Württemberg ein Defizit an geeigneten Entsorgungsanlagen, insbesondere für DK I Abfälle. Auch im Zollernalbkreis sowie in den benachbarten Landkreisen sind unzureichend viele DK 0 und DK I Deponien vorhanden.

Die Deponie soll für die Ablagerung von Abfällen, die die Zuordnungswerte für DK 0 und DK I gemäß Deponieverordnung 2016 einhalten, ausgebaut und betrieben werden. Außerdem soll der DK -0,5-Abschnitt entsprechend den bestehenden Genehmigungen weiter bis zur Endverfüllung betrieben werden.

Die Deponie „Schönbuch“ befindet sich in einem Bereich, der von verbindlichen Zielen des Regionalplans Neckar-Alb überlagert wird. Im Rahmen der Prüfung auf Erfordernis eines Zielabweichungsverfahrens wurde festgestellt, dass ein Konflikt des Vorhabens mit dem Vorranggebiet für Landwirtschaft besteht, welches auf einem Teil der bestehenden Deponie ausgewiesen ist.

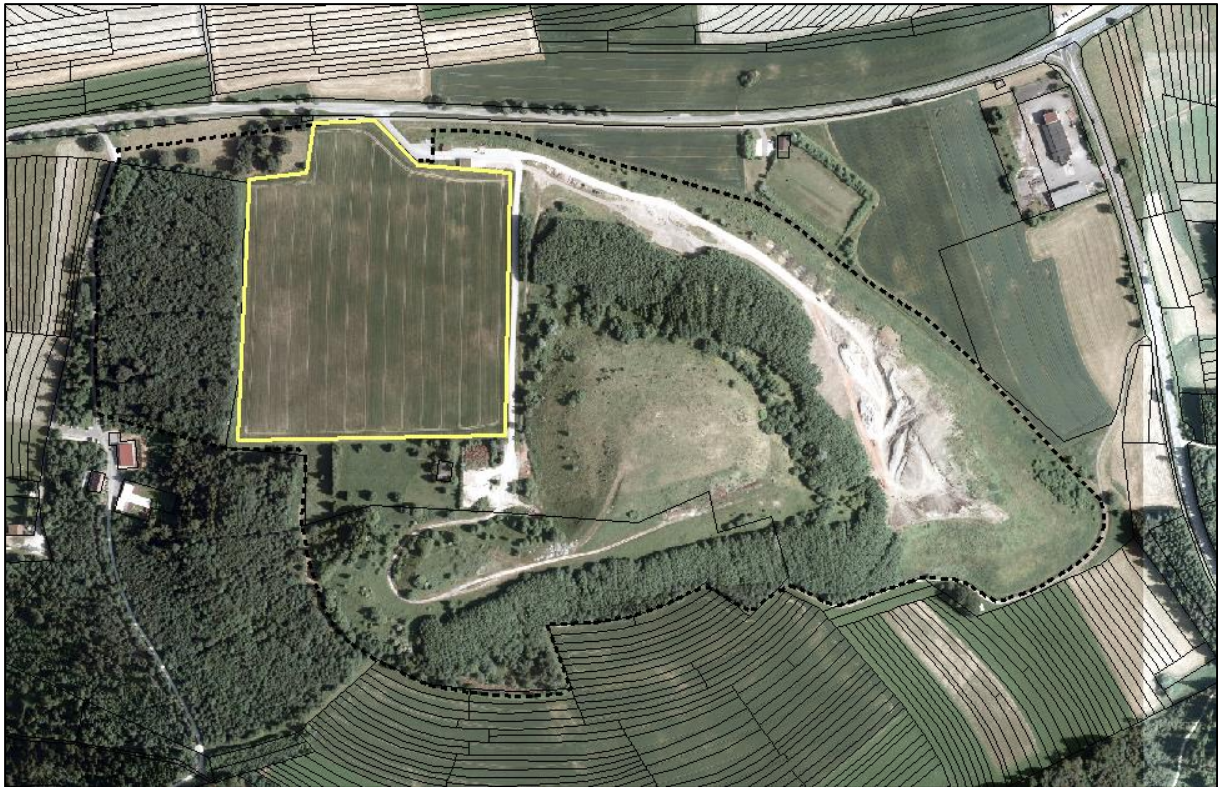
Nach § 6 Abs. 2 ROG kann von Zielen der Raumordnung abgewichen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Nach § 24 LplG kann die höhere Raumordnungsbehörde in einem Einzelfall auf Antrag eine Abweichung von einem Ziel der Raumordnung zulassen, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Die Entscheidung über eine Zielabweichung unterliegt der Konzentrationswirkung des Planfeststellungsverfahrens.

2. Beschreibung der Planung

2.1 Lage im Raum

Die Ackerfläche befindet sich innerhalb der Planfeststellungsgrenze der Deponie „Schönbuch“ und wurde bisher nicht in Anspruch genommen. Die Flächengröße beträgt ca. 8,6 ha (Abbildung 1).



Legende: Schwarze gestrichelte Linie = Planfeststellungsgrenze, gelbe Linie = Ackerfläche

Abbildung 1: Lage der Ackerfläche (VRG für Landwirtschaft)

2.2 Vorhabenspezifische Angaben

Allgemein

Es handelt sich um eine Deponie für nicht verwertbaren Bodenaushub und Bauschutt (Inertabfälle). Die Deponie gliedert sich in die drei Teilbereiche DK -0,5, DK 0 und DK 1.

Im Bereich der derzeit als Acker genutzten Fläche ist die Ablagerung von DK 0 und DK 1-Material geplant.

Technische Ausführung

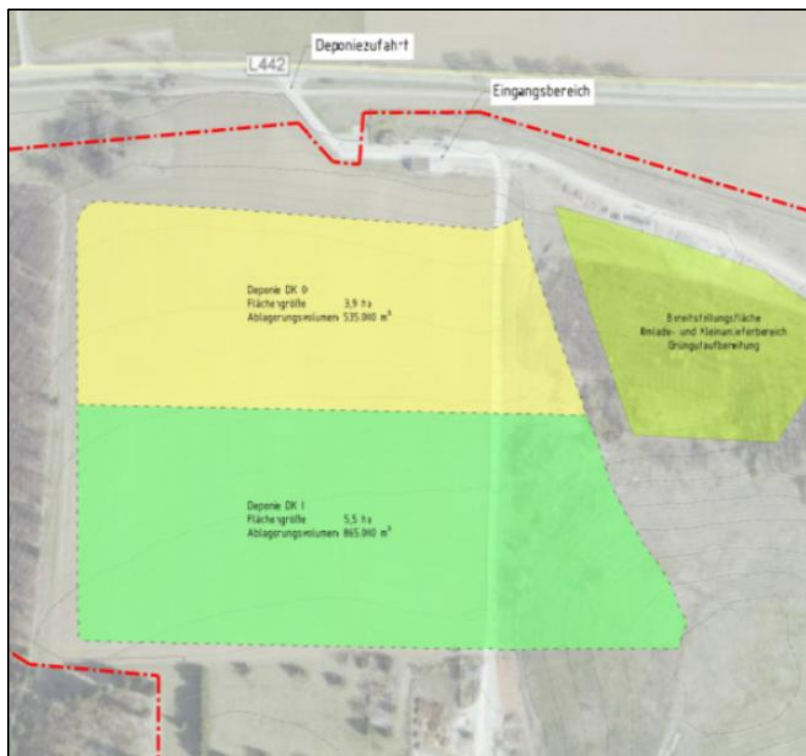
Basisabdichtung: Der DK 0 und der DK I Bereich werden mit einem Basisabdichtungssystem nach den jeweiligen Anforderungen gemäß Deponieverordnung ausgestattet. Die Basisabdichtung besteht aus einer technischen Barriere (Bodenmaterial), Schutzlage, mineralischen Entwässerungsschicht mit Ableitung des Sickerwassers. Im DK I Bereich wird zusätzlich eine Kunststoffdichtungsbahn als Dichtungskomponente installiert.

Oberflächenabdichtung: Die Oberflächenabdichtung erfolgt nach Verfüllung der einzelnen Betriebsabschnitte. Der verfüllte DK 0 – Deponieabschnitt wird entsprechend den Vorgaben der DepV mit einer qualifizierten Rekultivierungsbodenschicht (1 m Unterboden + 0,2 m Oberboden) abgedeckt.

Im DK I Bereich wird eine zusätzliche Dichtungskomponente (Kunststoffdichtungsbahn) und eine Entwässerungsschicht (Kiesschicht) aufgebracht.

Betriebsabschnitte unterteilen den Bereich der beiden neuen Deponieabschnitte DA 0 und DA I entsprechend der Vorhaltung für die erforderlichen Ablagerungsmengen, damit eine großflächige Offenlage von Ablagerungsbereichen zur Reduzierung der Sickerwasserneubildungsrate möglichst vermieden wird; insgesamt werden jeweils 3 Betriebsabschnitte

vorgesehen, die sich von Norden in Richtung Süden bzw. von Süden in Richtung Norden weiter entwickeln.



Legende: DK 0 Bereiche = gelbe Fläche, DK I Bereich = grüne Fläche

Abbildung 2: Geplante Ablagerungsfläche DK 0 und DK I Bereich

Rekultivierung/ Bepflanzung:

Nach Aufbringen der Oberflächenabdichtungssysteme erfolgt das Aufbringen der Rekultivierungsschicht. Die Rekultivierungsschicht wird mit einer Stärke von insgesamt 1,20 m aufgebracht (1,00 m kulturfähiger Unterboden 0,20 m humoser Oberboden).

Vorhandene, zuvor abgeschobene und zwischengelagerte Böden werden vorrangig wieder eingebaut. Die Zwischenlagerung und der Einbau erfolgen getrennt in Unterboden und humosem Oberboden. Für die zur Verwendung kommenden Böden werden im Vorfeld Eignungsuntersuchungen durchgeführt, die die uneingeschränkte Eignung des Bodens als Rekultivierungsboden bescheinigen.

Der Einbau erfolgt möglichst ohne Befahren der eingebauten Schicht, um Verdichtungen zu vermeiden. Unmittelbar nach dem Einbau wird eine Zwischenbegrünung eingesät, um ein Abschwemmen von Bodenpartikeln zu vermeiden.

Das Rekultivierungskonzept der bestehenden Genehmigung wurde innerhalb des „Eingriffsbereichs“ an die durch das Vorhaben verursachten Änderungen angepasst. Die erforderlichen Änderungen betreffen im Wesentlichen die Anpassung der Nutzungen an die im DK I-Bereich aufgebrachte Oberflächenabdichtung mit Kunststoffdichtungsbahn.

Im Bereich des VRG für Landwirtschaft (Ackerfläche) ist im Wesentlichen die Entwicklung einer mageren Glatthaferwiese (magere Flachland-Mähwiese), alternativ dazu die Entwicklung einer Magerweide vorgesehen (Maßnahme A 1). Die Fläche wird durch die Entwicklung von einzelnen Gehölzgruppen mit Saumvegetation aufgelockert (Maßnahme A 2). Randlich

verläuft der Zufahrtsweg auf die Deponie sowie die Regenrückhaltebecken, auf denen eine Ruderalvegetation feuchter Standorte entwickelt wird (Abbildung 3).



Orange Schraffur = Lage des VRG für die Landwirtschaft

Abbildung 3: Ausschnitt aus dem Rekultivierungsplan

Deponiekörper:

Der Deponiekörper im Endverfüllniveau erhält gleichmäßige Neigungen im unteren Bereich mit 1:3 im westlichen, südlichen und nördlichen Deponiefußpunkt und geht dann insbesondere im westlichen Deponiekörper auf etwa 1:6 bis 1:10 über. Im oberen Bereich betragen die Böschungsneigungen etwa 1:10.

(Eine detaillierte technische Beschreibung befindet sich im Erläuterungsbericht zur Planfeststellung, eine detaillierte Beschreibung der Rekultivierung befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 7.2)

2.3 Beschreibung des Standorts

Arten/ Biotope

Auf der Ackerfläche wurde im Jahr 2019 Hafer angebaut. Die Ackerfläche wird im Westen von einem jungen Mischwald begrenzt, nördlich befindet sich die Zufahrt zur Deponie, im Osten grenzt die asphaltierte Zufahrt zum derzeitigen Grüngutlagerplatz an die Ackerfläche an und im Süden befindet sich eine Wiesenfläche mit einzelnen Gehölzen.

(Eine detaillierte Beschreibung der Biotope befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 4.4.1)

Landschaftsbild	<p>Der Naturraum „Hohe Schwabenalb“ ist geprägt von einem hohen Waldanteil. In den Kuppen ist der kleinräumige Wechsel mit landwirtschaftlicher Nutzung charakteristisch.</p> <p>Die Deponiefläche befindet sich in einem Kuppenbereich auf ca. 900 bis 950 m Höhe. Westlich und östlich der Deponie liegen größere Waldflächen. Im Norden und Süden wechseln sich Offenlandflächen, Acker und Grünland, und zum Teil bewaldete Kuppen ab.</p> <p>(Eine detaillierte Beschreibung des Landschaftsbilds befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 4.5.1)</p>
Geologie u. Boden	<p>Der geologische Untergrund des Standorts liegt im oberen (weißen) Jura. Im Bereich der Ackerfläche befinden sich die Schichten des Unteren Massenkalks und die Obere Felsenkalke-Formation.</p> <p>Vorherrschende Bodentypen sind die auf der Schwäbischen Alb typischen Rendzina und Terra fusca Böden aus Kalkstein.</p> <p>Im Bereich der Ackerfläche wurden die Böden gem. Bodenschätzung LGRB mit „mittlerer“ Bedeutung eingestuft.</p> <p>(Eine detaillierte Beschreibung von Geologie und Boden befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 4.1.1)</p>
Grund- und Oberflächenwasser	<p>Entsprechend der hydrogeologischen Einheit gehört der gesamte Untersuchungsraum zu den höheren Schichten des Weißen Jura. Diese gehören zu den Grundwasserleitern „mittlerer“ Bedeutung. Da es sich um ein Karstgebiet handelt, ist von einer hohen Empfindlichkeit auszugehen.</p> <p>(Eine detaillierte Beschreibung des Wassers befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 4.2.1)</p>
Klima	<p>Die Offenlandflächen nordöstlich und südlich der Deponie „Schönbuch“ leisten einen Beitrag zur Kaltluftentstehung. Im Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb (2011) sind diese Bereiche als Kaltluftentstehungsgebiete gekennzeichnet. Die Deponiefläche selbst trägt keinen wesentlichen Beitrag zur Kaltluftentstehung bei.</p> <p>(Eine detaillierte Beschreibung des Klimas befindet sich in Anlage 16, LBP Kapitel 4.3.1)</p>

3. Planerische Vorgaben und Schutzausweisungen

3.1 Landesentwicklungsplan (LEP 2002)

Der Landesentwicklungsplan (rechtsverbindlich seit 21.08.2002) stellt das rahmensetzende, integrierende Gesamtkonzept für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes dar. Er legt im Rahmen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Landesentwicklung sowie für die Abstimmung und Koordination raumbedeutsamer Planungen fest.

Am Landesentwicklungsplan sind alle räumlichen Planungen, insbesondere die Regionalplanung, die kommunale Bauleitplanung und die fachlichen Einzelplanungen, sowie raumbezogene Förderprogramme auszurichten. Als übergeordneter Gesamtplan enthält der Landesentwicklungsplan keine parzellenscharfen Festlegungen.

Die Ziele (Z) des Landesentwicklungsplans sind von allen öffentlichen Stellen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen als rechtsverbindliche Vorgaben zu beachten. Sie lassen je nach Konkretisierungsgrad nachfolgenden Planungen Spielräume zur Ausfüllung und

Verfeinerung, können jedoch durch planerische Abwägung oder Ermessensausübung nicht überwunden werden. Ziele, die die Bauleitplanung betreffen, begründen darüber hinaus eine Anpassungspflicht.

Die Grundsätze (G) enthalten allgemeine Aussagen, die bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der planerischen Abwägung und bei der Ermessensausübung, insbesondere bei der Bauleitplanung, zu berücksichtigen sind.

Die wesentlichen für das Vorhaben relevanten Grundsätze und Ziele des Landesentwicklungsplans sind nachfolgend aufgeführt.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft

- G Die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere aufgrund ihrer Funktionen für die Ernährung, die Holzversorgung, die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, ist zu erhalten und zu entwickeln.
- Z Die für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Die Bodengüte ist dauerhaft zu bewahren.
- G Die Betriebs- und Flurstrukturen sind so zu erhalten und zu entwickeln, dass eine langfristige, funktionsgerechte und wettbewerbsfähige Landbewirtschaftung möglich ist. Insbesondere in Räumen mit starkem Siedlungsdruck sind die Fluren in den Freiräumen so auszuwählen, zu bemessen, zu sichern oder zu entwickeln, dass eine rationelle landwirtschaftliche Bodennutzung möglich ist. Insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft wertvolle Böden sind zu schonen.

Abfallwirtschaft

- G Die Abfallwirtschaft des Landes ist so auszurichten, dass Abfallmenge und Gefahrenpotenzial möglichst gering gehalten, verwertbare Abfälle in den Kreislauf zurückgeführt oder energetisch verwertet und nicht verwertbare Abfälle vorrangig durch thermische Behandlung umweltverträglich beseitigt werden.
- G Für die Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle sind in ausreichendem Umfang und in sachgerechter räumlicher Verteilung Behandlungsanlagen und Deponiekapazitäten vorzuhalten.
- Z Geeignete Entsorgungsstandorte sind frühzeitig im Rahmen der Regionalplanung zu sichern. Die Wirtschaftlichkeit der Abfallentsorgung ist durch regionale Kooperation und Optimierung der Einzugsgebiete sicherzustellen.

3.2 Regionalplan Neckar-Alb 2013, (Stand 2. Änderung)

Der Regionalplan (2. Änderung, rechtsverbindlich seit 01.09.2017) weist für den Standort der Deponie „Schönbuch“ Teilflächen als

- VRG Regionaler Grünzug
- VRG für Landwirtschaft

- VRG für Naturschutz und Landschaftspflege
- VBG für Erholung

aus.

Der Regionale Grünzug und das Vorranggebiet für die Erholung erstrecken sich über die gesamte planfestgestellte Deponiefläche. Das Vorranggebiet für die Landwirtschaft liegt im Nordwesten im planfestgestellten, bisher noch nicht in Anspruch genommenen Offenlandbereich.

Das Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege erstreckt sich über die zum Teil rekultivierten Deponieböschungen im Norden, Osten und Süden der Deponie (Abbildung 4).



pinkfarbene Linie = Deponiegrenze

Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013

3.3 Flächennutzungsplan

Die Deponie ist im Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Albstadt – Bitz als Fläche für Aufschüttungen verzeichnet.

3.4 Naturschutzrechtliche Ausweisungen

Tabelle 1: Naturschutzrechtliche Ausweisungen im Untersuchungsgebiet und Umgebung

Naturschutzrechtliche Ausweisungen	
Biotope nach § 30 BNatSchG/ § 33 NatSchG BW	Nicht direkt betroffen. Offenlandbiotop Nr. 17720-417-4580 „Feldgehölz südöstlich angrenzend an Deponie Schönbuch“.
Natura 2000-Gebiete	Nicht direkt betroffen Entfernung zu FFH-Gebiet „Gebiete um Albstadt“ ca. 360 m Entfernung zu VSG „Südwestalb und Oberes Donautal“ ca. 1.000 m
Naturschutzgebiete	Nicht betroffen
Naturparke	Nicht betroffen
Landschaftsschutzgebiete	LSG Nr. 4.14.001 „Albstadt- Bitz“
Waldschutzgebiete	Immissionsschutzwald (westliche, nicht in Anspruch genommene Waldfläche) Erholungswald (kleine Randbereiche ragen im westlichen, nicht in Anspruch genommenen Teil in die Deponiefläche)
Biotopverbundplanung (LUBW)	Ein kleiner Bereich im südwestlichen Deponiebereich liegt innerhalb eines Suchraums 1000m für „mittlere Standorte“
Wildtierkorridore nach Generalwildwegeplan BW	Nicht betroffen
Naturdenkmale	Nicht betroffen
Kulturdenkmale	Nicht betroffen

3.5 Bodenschutzrechtliche Ausweisungen

Es liegen keine bodenschutzrechtlichen Ausweisungen im Untersuchungsbereich vor.

3.6 Wasserschutzrechtliche Ausweisungen

Die geplante Deponieerweiterungsfläche grenzt an das Wasserschutzgebiet „Oberes Fehltal“, dieser Bereich ist als Wasserschutzzone IIB (WSG-Nr. Amt. 417.121) ausgewiesen.

Tabelle 2: Wasserrechtliche Ausweisungen

Naturschutzrechtliche Ausweisungen	
Wasserschutzgebiete	Südlich angrenzend an geplante Deponieerweiterungsfläche WSG Nr. 417.121 „Oberes Fehltal“ Zone IIB
Überschwemmungsgebiete	Nicht betroffen

4. Erforderlichkeit

Die Erforderlichkeit ergibt sich aus dem grundsätzlichen und insbesondere kurzfristigen Bedarf an DK I Deponien in Baden-Württemberg. Es besteht derzeit ein Defizit an geeigneten Entsorgungsanlagen. Auch im Zollernalbkreis sowie in den benachbarten Landkreisen sind unzureichend viele DK 0 -und DK I - Deponie vorhanden.

Eine projektspezifisch für den Zollernalbkreis erarbeitete Prognose bezüglich der Mengenentwicklung von anfallenden DK 0 - und DK I - Abfällen ergibt für die Zukunft eine dringende Notwendigkeit, eine Deponie im westlichen und eine Deponie im östlichen Kreisgebiet zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit zu betreiben. Die Deponie Schönbuch soll vorrangig Abfälle aus dem Großraum Albstadt und den östlich, nördlich und südlich hiervon gelegenen Gebieten im Zollernalbkreis aufnehmen.

Der Kreistag hat mit seinem Beschluss am 23.10.2017 die Notwendigkeit der Einrichtung von Deponiekapazitäten für Bauschutt und gering belasteten Bodenaushub (DK I) im Kreisgebiet und den Ausbau der Deponien in Albstadt und in Balingen bejaht.

(Weitere Erläuterungen hierzu siehe Erläuterungsbericht zur Planfeststellung, Kapitel 2.1 „Suchverfahren und Kreistagsbeschluss“, Kapitel 2.21 „Nichttechnische Zusammenfassung der beantragten Maßnahme, S.32 sowie Kapitel 4 „Begründung der Notwendigkeit des Vorhabens mit Bedarfsnachweis“)

5. Alternativen

Eine Zusammenfassung der Alternativenprüfung wurde in Anlage 5-1 „Planungsalternativen“ dargestellt.

6. Planung

Die Grundzüge der Regionalplanung in Bezug auf das Vorranggebiet Landwirtschaft sind nachfolgend nochmals dargestellt. Anschließend wird erläutert, welche Entwicklung der betroffene Bereich auf Grund dieser Planung nehmen soll. Schließlich wird die Auswirkung des geplanten Vorhabens auf die Funktion des Vorranggebiets erläutert.

G (1) Die Landwirtschaft ist in allen Teilen der Region Neckar-Alb so zu unterstützen, dass sie langfristig ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und landschaftspflegerischen Aufgaben erfüllen kann. Dabei sind die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushalts, insbesondere der Naturgüter Boden und Wasser, zu beachten.

G (5) Die Landwirtschaft soll über die Sicherung ertragreicher Böden hinaus durch einen integrativen Ansatz gefördert werden, der die Erzeugung von pflanzlichen Rohstoffen, die Vermarktung hochqualitativer regionaler Produkte und die Einbindung der Landwirtschaft in einen landschaftsbezogenen Tourismus beinhaltet. Entsprechende regionale Kooperationen sowie die Etablierung einer Dachmarke sind zu fördern.

G (6) Das Programm PLENUM, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb sowie entsprechende sonstige Ansätze einer integrativen Landwirtschaft sind zu unterstützen und weiter zu entwickeln.

G (7) Besondere Bedeutung kommt der Erhaltung von Grünlandgebieten, insbesondere auf der Schwäbischen Alb und im Neckartal, zu. Entsprechende Maßnahmen sind zu fördern.

G (8) In den Gebieten für Landwirtschaft sind Flächen mit ökologischen Ausgleichsfunktionen zu erhalten sowie im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren und kommunalen Initiativen lokale Biotopvernetzungen anzustreben, soweit es die Möglichkeiten der Landbewirtschaftung zulassen.

Die Gebiete G5 und G6 sind von der Planung nicht betroffen.

Entwicklung betroffener Bereich:

Das Vorranggebiet Landwirtschaft im Vorhabenbereich hat die Aufgabe, die landwirtschaftlich als Acker genutzte Fläche in ihrer Bedeutung als landwirtschaftliche Nutzfläche zu sichern und zu erhalten. Die Fläche steht im räumlichen Zusammenhang mit den umgebenden nördlich gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen auf der Hochfläche östlich von Albstadt-Tailfingen. Sie befindet sich jedoch als separate Fläche innerhalb der planfestgestellten Deponie und ist von den nördlich gelegenen landwirtschaftlichen Flächen durch die Landesstraße getrennt. Die Zufahrt zur Ackerfläche erfolgt über den Deponieeingang.

In Bezug auf die Bodengüte handelt es sich um eine Fläche von „mittlerer“ Bedeutung (keine Vorrangflur I).

Die Fläche befindet sich innerhalb der Grenze der seit 1995 planfestgestellten Deponie. Im Rahmen des Deponiebetriebs wurde der Bereich bisher noch nicht in Anspruch genommen und wird daher noch als Ackerfläche bewirtschaftet.

Auswirkungen des Vorhabens:

Die betroffene Fläche ist Teil der zukünftigen Ablagerungsfläche für DK 0- und DK I-Material und wird mit Bodenmaterial überschüttet. Nach der Rekultivierung steht die Fläche, auf Grund des geänderten Reliefs (Böschungsneigung) und den Anforderungen eines qualifizierten Oberflächenabdichtungssystems nicht mehr für die ackerbauliche Nutzung zur Verfügung. Die Bodengüte wird durch einen qualifizierten Bodenauftrag von 1 m durchwurzelungsfähigem Unterboden plus 0,2 m Oberboden vollständig wiederhergestellt. Die Rekultivierung sieht im Anschluss eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung überwiegend als extensives Grünland vor. Die in die Grünlandfläche eingestreuten Gehölzgruppen dienen der ökologischen Vernetzung mit den umgebenden Strukturen. Dadurch erfährt die Fläche eine ökologische Aufwertung.

Die Fläche steht nach der Rekultivierung einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Die Grundsätze der Planung zur Erhaltung von Grünland (G 7) und zur Entwicklung von Flächen mit ökologischer Ausgleichsfunktion (G 8) stehen damit nicht im Widerspruch zur Planung.

Das Gebiet der Regionalplanung (G1) hebt die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und landschaftspflegerischen Aufgaben der Landwirtschaft hervor. Zu erhalten und zu fördern sind sowohl die Nahrungsmittelproduktion und die Produktion nachwachsender Rohstoffe als auch die Landschaftspflege und die Erhaltung der Kulturlandschaft.

Der betroffene Bereich dient derzeit ausschließlich der Nahrungsmittelproduktion (Haferanbau in 2019). Er besitzt keine hervorgehobene Funktion als landschaftsprägendes Element und für den Artenschutz. Der Landschaftspflegerische Begleitplan (LBP) zum Vorhaben führt dazu aus: „Bei der Umgebung der Deponie handelt es sich zwar um einem ländlichen, insgesamt wenig

vorbelasteten Raum. Eine Zerschneidung des Landschaftsraums wird jedoch durch die nördlich der Deponie und der Ackerfläche vorbeiführende Landesstraße L 442 mit einem Verkehrsaufkommen von knapp 10.000 Fahrzeugen pro Tag verursacht. Vorbelastet ist der Bereich zudem durch die bereits seit den achtziger Jahren bestehenden und gewachsenen Baukörper der Erd- und Bauschuttdeponie und die damit einhergehenden Zu- und Abfahrten der Anlieferfahrzeuge.“

Mit der Umnutzung geht eine Fläche von ca. 8,6 ha als ackerbauliche Produktionsfläche verloren. Im räumlichen Zusammenhang stellt sich die Situation wie folgt dar:

Der Landschaftsrahmenplan nennt knapp 120.000 ha bzw. 47 % der Regionsfläche als Landwirtschaftsfläche. Auf Ackerland und Dauergrünland entfällt jeweils die Hälfte.

Im Zollernalbkreis sind es ca. 34.687 ha, das sind ca. 38 % der Bodenfläche (Stand 2016, Quelle Statistisches Landesamt Baden-Württemberg). Die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat sich in den letzten 30 Jahren in ihrer Fläche nicht verringert, wenngleich ist die Anzahl der Betriebe deutlich zurückgegangen ist.

Der Raum Albstadt und insbesondere die Deponie umgebenden Gemarkungen Tailfingen, Onstmettingen, Truchtelingen, Bitz, Hausen und Burladingen sind ländlich geprägt. Landwirtschaftliche Nutzflächen wechseln sich mit Wald und Siedlungsflächen ab. In einem Umkreis von 5 km um die Deponie teilt sich die Nutzungsstruktur auf in ca. 41 % (ca. 3.790 ha) Offenland, 47 % (ca. 4.320 ha) Wald und 12 % (ca. 1.085 ha) Siedlungsflächen (eigene Berechnung).

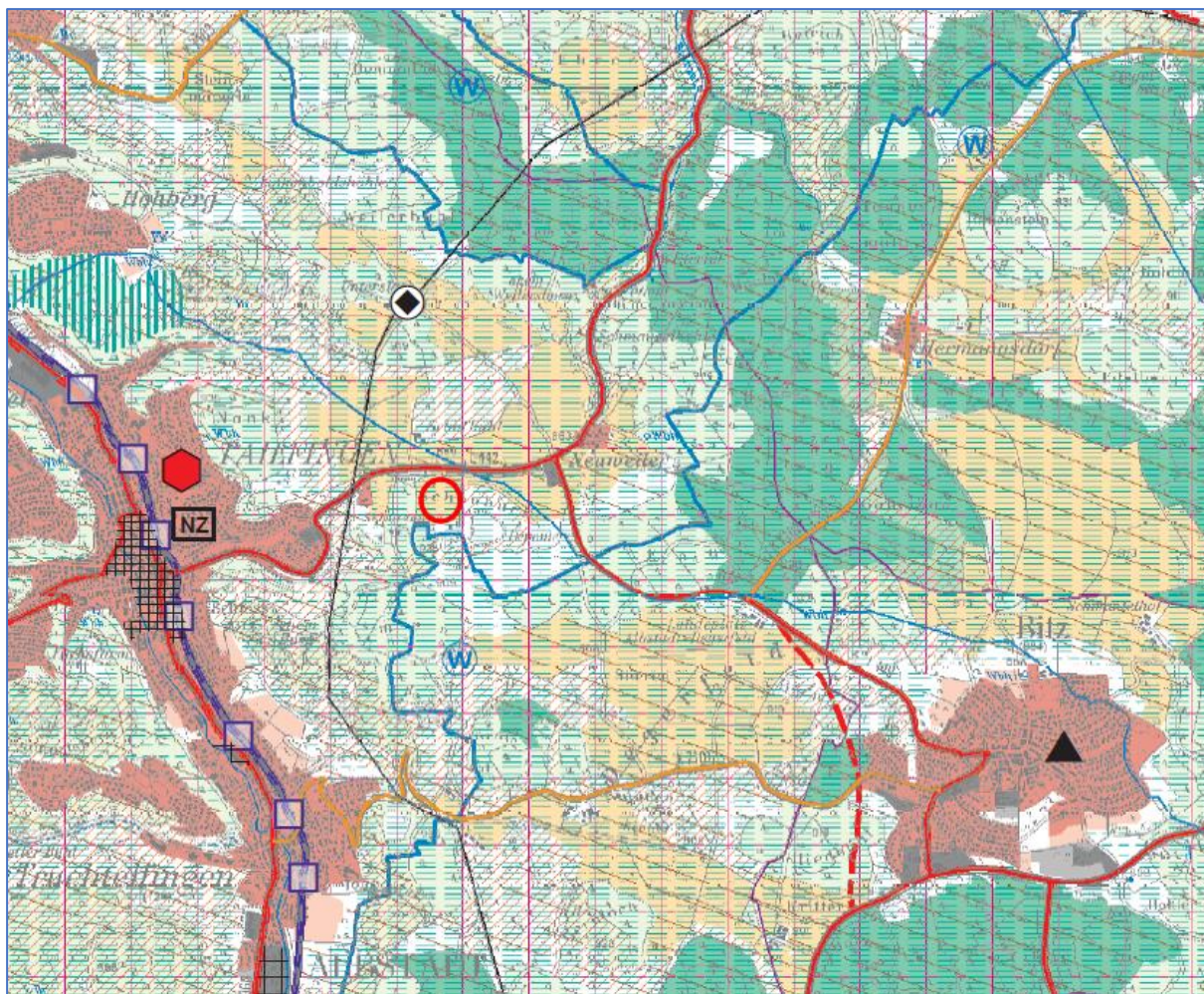
In der direkten Umgebung der Deponie befinden sich größere zusammenhängende landwirtschaftliche Nutzflächen. Ausgedehnte Bereiche nördlich der Deponie sowie südlich und westlich rund um Bitz sind als landwirtschaftliche Vorrangflächen ausgewiesen (Abbildung 5).

Im Verhältnis der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche im räumlichen Zusammenhang erscheint der Verlust der Fläche auf der Deponie als relativ gering.

Zudem ist die zeitlich begrenzte Dauer der Bewirtschaftung der Fläche als ackerbauliche Nutzfläche schon seit Genehmigung der Planfeststellung im Jahr 1995 bekannt und festgeschrieben. Es ist daher davon auszugehen, dass durch den Wegfall der ackerbaulichen Nutzung keine wirtschaftlich essentielle Fläche für den Bewirtschafter verloren geht.

Des Weiteren wird durch die Nutzung der bestehenden Deponiefläche ein Eingriff in den Naturhaushalt an anderer Stelle vermieden.

Fazit: Die Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Fläche von ca. 8,6 ha stellt im Gesamtzusammenhang der im Umfeld vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen, wie oben dargestellt, keine Beeinträchtigung des raumordnerischen Gebietes (G 1) dar.



Legende: VRG für die Landwirtschaft (gelbe Flächen), Inanspruchnahme auf der Deponie Schönbuch (roter Kreis)

Abbildung 5: Auszug aus dem Regionalplan

7. Einzelfall

Um die Entsorgungssicherheit zu gewährleisten, sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger wie auch die anderen Entsorgungspflichtigen, insbesondere aus Gewerbe und Industrie, im öffentlichen Interesse wie auch im privaten Interesse darauf angewiesen, dass ihnen langfristig eine möglichst ortsnahe geeignete Ablagerungsmöglichkeit für deponierungsbedürftige DK 0 – und DK I - Abfälle zur Verfügung steht.

Hierfür wurde der weitere Ausbau der Deponien Balingen – „Hölderle“ und Albstadt – „Schönbuch“ vorgesehen (Abbildung 6). Mit dieser Planung steht eine Deponie im westlichen und eine Deponie im östlichen Kreisgebiet zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit zur Verfügung. Die Deponie Schönbuch soll vorrangig Abfälle aus dem Großraum Albstadt und den östlich, nördlich und südlich hiervon gelegenen Gebieten im Zollernalbkreis aufnehmen. Die Alternativenprüfung ergab, dass die Umsetzung nur an diesen beiden Standorten sinnvoll und ressourcenschonend zu verwirklichen ist.

Mit diesen beiden Erweiterungen wird die Entsorgungssicherheit im Zollernalbkreis für mindestens weitere 25 Jahre ermöglicht. Das Vorhaben ist damit von regionaler Bedeutung für die Sicherung der Entsorgung in einem langfristigen Zeitraum für den Zollernalbkreis.

Die standörtliche Situation im Zollernalbkreis unterscheidet sich vom Regelfall zum einen dadurch, dass bereits bestehende Deponien zur Verfügung stehen, die sich für die Umnutzung als DK 0 und DK I Deponien als geeignet erwiesen haben. Durch die Nutzung dieser Möglichkeit kann flächenschonend für die Zukunft geplant werden. Beide Deponien verfügen über bisher nicht in Anspruch genommene Deponiefläche, welche entsprechend den Anforderungen ausgebaut, und auf der ein ausreichendes Deponievolumen generiert werden kann. Das erforderliche Deponievolumen (25.000 – 30.000 t/a DK 0- und 12.500 – 20.000 t/a DK I-Abfälle je Deponie) wurde in einer Bedarfsanalyse ermittelt.

Die Nutzung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen vermindert zudem die erforderlichen Investitionen, da das Betriebspersonal und zentrale betriebliche Einrichtungen wie Erschließung und Waage ohnehin für die vorhandenen Erddeponien vorgehalten werden müssen. Sowohl der Standort Balingen als auch der Standort Albstadt sind bereits seit längerer Zeit als Deponiestandort etabliert und haben sich bewährt.

Des Weiteren stellt sich die Situation im Zollernalbkreis so dar, dass die Nutzung von zwei Deponiestandorten sinnvoll erscheint. Auf Grund der Struktur des Landkreises mit zwei Bal- lungszentren in Balingen und in Albstadt und der topographischen Gegebenheiten ergibt sich die besondere Situation, auch zwei Deponiestandorte zur Entsorgung der DK 0 und DK I Ab- fälle zu betreiben. Dies wurde seitens des Landratsamtes bereits frühzeitig angestrebt. Somit können die Abfälle jeweils nahe zu den Erzeugungsschwerpunkten entsorgt werden.

Das Doppelstandortkonzept hat den Vorteil der kürzeren Anfahrtswege und damit einer gerin- geren Verkehrsbelastung sowie niedriger Transportkosten. Zum einen halbiert sich die Ver- kehrsbelastung durch die Nutzung von zwei Standorten, so dass auf jeden Standort die Hälfte der zu deponierenden Abfallmenge fällt. Zum anderen ermöglicht die räumliche Verteilung der beiden Standorte kürzere Transportwege. Mit der Nutzung der beiden Deponiestandorte kann eine optimale Gebietsabdeckung mit kurzen Fahrtstrecken erzielt werden.

Die oben geschilderten Sachverhalte, im Wesentlichen das Doppelstandortkonzept sowie das Vorhandensein von bestehenden, für den Ausbau geeigneten Deponien, begründen den Ein- zelfall des beantragten Vorhabens.



Abbildung 6: Lage des geplanten Standorts Schönbuch und Balingen im Zollernalbkreis

8. Raumordnerische Vertretbarkeit

Die Ziele der Raumordnung dürfen nicht in raumordnerisch unvertretbarer Weise beeinträchtigt werden. Bei dem geplanten Vorhaben ist dies aus den unten angeführten Gründen nicht der Fall.

Allgemeine raumstrukturelle Gesichtspunkte

Die Stadt Albstadt ist als Mittelzentrum ausgewiesen und liegt auf der Landesentwicklungsachse. Der Deponiestandort befindet sich im „Verdichtungsgebiet im Ländlichen Raum“ und grenzt an die ausgeformte Landesentwicklungsachse an (nachrichtliche Übernahmen aus dem Landesentwicklungsplan). Die direkte Anbindung an die Landesstraße L 442 gewährleistet eine gute Erreichbarkeit der Deponie zur Anlieferung von Erdaushub aus dem Zollernalbkreis.

Mit der Schaffung einer Ablagerungsmöglichkeit von DK 0 und I Material auf der Deponie „Schönbuch“ wird ein vorhandener, gut angebundener, zentraler Standort im Zollernalbkreis verwirklicht.

Die jetzige Planung sieht keine weitere Flächeninanspruchnahme über die derzeitige Planfeststellungsgrenze hinaus vor. Die Rekultivierung erfolgt sukzessive nach Einbaufortschritt und sieht eine landschaftstypische Gestaltung vor (Magere Grünlandflächen, Wald, Gehölze, Saumstrukturen). Auf der rekultivierten Deponiefläche werden damit Flächen zur Luftregeneration (Wald, Gehölze) und großflächig Flächen für die Kaltluftbildung (Grünlandflächen) entwickelt.

Der freie Zugang zur Landschaft wird nach vollständiger Rekultivierung über die Einrichtung von Wegeverbindungen wieder ermöglicht. Der siedlungsnahe Freiraum wird bei der Verwirklichung des Vorhabens nicht über das bisherige Maß hinaus beeinträchtigt.

Siedlungswesen

Mit dem Vorhaben wird keine Siedlungstätigkeit zur Ansiedlung von Einwohnern bzw. Produktionsstätten entwickelt.

Etwa 300 m westlich liegt eine kleine Mischgebietsfläche mit einem Baubetrieb. Eine ebenfalls kleine Gewerbefläche befindet sich ca. 180 m östlich der Deponie. Der Weiler „Neuweiler“ ist als Mischgebiet im Flächennutzungsplan ausgewiesen und liegt an der L 442 in nordöstlicher Richtung in einer Entfernung von etwa 470 m. Das nächstgelegene Wohngebiet befindet sich im Stadtteil Tailfingen, etwa 640 m westlich der Deponie.

Die Deponie ist im Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Albstadt – Bitz als Fläche für Aufschüttungen verzeichnet. Das Vorhaben wird innerhalb der planfestgestellten Deponiefläche verwirklicht.

Es besteht keine Nutzungskonkurrenz zur Siedlungsentwicklung.

Gewerbliche Wirtschaft und Fremdenverkehr

Es besteht keine Nutzungskonkurrenz zur gewerblichen Wirtschaft. Als Vorhaben zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit für Bodenaushub der Deponieklassen 0 und I ist das Vorhaben für alle Entsorgungspflichtigen, insbesondere aus Gewerbe und Industrie, dienlich, in dem es eine ortsnahe geeignete Ablagerungsmöglichkeit zur Verfügung stellt.

Für die Stadt Albstadt stellt die touristische Entwicklung, in erster Linie des naturgebundenen Tourismus, ein zweites Standbein ihrer wirtschaftlichen Entwicklung dar.

Das Gebiet um die Deponie Schönbuch liegt siedlungsnah und ist gut zu erreichen. Besondere Erholungseinrichtungen sind in der Umgebung nicht vorhanden. Wanderparkplätze ermöglichen eine gute Erreichbarkeit und das Wegenetz ist gut ausgebaut. Es handelt sich jedoch um keinen Schwerpunkt für die Naherholung im Raum Albstadt. Die Stadt Albstadt und Umgebung bietet zahlreiche weitere attraktive Möglichkeiten für die Erholung in der Natur. Der gesamte Außenbereich rund um Albstadt ist großräumig im Regionalplan als Vorbehaltsgebiet für die Erholung ausgewiesen. Der Raum um die Deponie wird nicht in überdurchschnittlichem Maße zur Naherholung frequentiert. Die Deponiefläche selbst ist eingezäunt und damit für die Öffentlichkeit derzeit nicht zugänglich. Eine Nutzungskonkurrenz zur Fremdenverkehrsentwicklung besteht nicht.

Forstwirtschaft

„Wälder sind in allen Teilen der Region Neckar-Alb so zu behandeln, dass sie ihre ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen erfüllen können. Dabei ist auf eine standortgerechte, vielfältige Nutzung und Gestaltung der Wälder zu achten. Forstliche Nutzung und Pflege haben sich nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der naturnahen Waldwirtschaft zu richten.“

Die Belange der Forstwirtschaft wurden im Rahmen des Verfahrens berücksichtigt. Auf der Deponiefläche in Anspruch genommene, bereits aufgeforstete Waldfläche, wird wiederhergestellt. Hierfür liegt ein mit der Kreisforstdirektion abgestimmter Antrag auf Waldumwandlung vor.

Verkehr

„Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur sind so aufeinander abzustimmen, dass eine bedarfsgerechte Anbindung und Erschließung aller Teilräume und eine Verminderung der verkehrsbedingten Immissionsbelastungen erreicht werden.“

Durch das Vorhaben entsteht kein Konflikt mit der bestehenden verkehrlichen Infrastruktur.

Die Deponie kann aus südlicher Richtung über die L 360 zur L 442 durch den Stadtteil Ebingen und Tailfingen kommend, aus nordwestlicher Richtung über die L 360 zur L 442 aus Bisingen und durch Tailfingen kommend und aus nordöstlicher Richtung über die L 442 aus Jungingen/Hausen bzw. Burladingen kommend, erreicht werden. Die Zufahrt zum Gelände erfolgt über den bestehenden Anschluss an die nördlich der Deponie gelegene L 442 und ist mit LKW befahrbar.

Bezogen auf das derzeitige mittlere Aufkommen an Anlieferfahrzeugen von etwa 20 Fahrzeugen pro Tag kommt es durch die geplante Maßnahme bei etwa 16 bis 29 Fahrzeugen pro Tag zu keinen signifikanten Abweichungen gegenüber der derzeitigen Verkehrssituation. Das Fahrzeugaufkommen wird sich im Mittel der Fahrzeugbewegungen nicht wesentlich verändern.

(Weitere Erläuterungen hierzu siehe Anlage 16 „Landschaftspflegerischer Begleitplan, Kapitel 5.11 Betriebszeiten/ Umfang der Anlieferung)

Versorgung und Entsorgung

„Die Entsorgung von Erdaushub sowie der nicht-verwertbaren inerten Bauabfälle soll grundsätzlich aufkommensnah in der Region Neckar-Alb erfolgen.“

Die Deponie ist im Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Albstadt – Bitz als Fläche für Aufschüttungen verzeichnet. Das Vorhaben wird innerhalb der planfestgestellten Deponiefläche verwirklicht.

Verteidigung

Anlagen zur militärischen Verteidigung, zur zivilen Verteidigung und Anlagen des Katastrophenschutzes werden vom geplanten Vorhaben nicht tangiert.

9. Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen

Um die Auswirkungen des Vorhabens zu minimieren, wurden umfangreiche Maßnahmen vorgesehen.

Ein wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes wurde durch die Standortwahl geleistet. Durch die Auswahl des Standortes innerhalb der bereits planfestgestellten Deponiegrenze der bestehenden Deponie „Schönbuch“ wird vermieden, einen bisher nicht belasteten Bereich zu beeinträchtigen und zusätzliche Fläche in Anspruch zu nehmen. Zusätzliche Flächenreduzierung wird erreicht durch die Möglichkeit der Nutzung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen wie die Zufahrt, Lagerflächen und Betriebsgebäude und die Auflagerung der Ausbauabschnitte an die bestehenden Deponiekörper der Deponie „Schönbuch“.

Im Landschaftspflegerischen Begleitplan wurden die Maßnahmen zur Minimierung für alle betroffenen Schutzgüter Boden, Wasser, Klima und Luft, Pflanzen und Tiere sowie Landschaft dargestellt.

(siehe Anlage 16, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Kapitel 7.1)

10. Landschaftsplanerische Stellungnahme zu den Auswirkungen auf die mit den Darstellungen des Regionalplans verfolgten Funktionen

Die Ausweisung des Vorranggebiets Landwirtschaft verfolgt im Wesentlichen folgende Funktionen:

- Unterstützung der Landwirtschaft mit ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und landschaftspflegerischen Aufgaben
- Erhaltung gut geeigneter Böden für die Landwirtschaft
- Erhaltung von Standorten, die von ihrer Infrastruktur und betrieblichen Gegebenheiten besondere Bedeutung für die Landwirtschaft haben
- Erhaltung von Grünlandgebieten
- Erhaltung und Förderung von Flächen mit ökologischer Ausgleichsfunktion

Die Ausweisung eines VRG für Landwirtschaft wirken sich demnach in erster Linie auf die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt aus.

Die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Schutzgüter wurden in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVS, Anlage 6-1) sowie im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP, Anlage 16) umfassend untersucht und beschrieben. Nachfolgend ist eine Kurzzusammenfassung dargestellt.

Boden

Einen Eingriff in den Naturhaushalt stellt die Beanspruchung des Bodens dar. Der Oberboden wird abgeschoben, zwischengelagert, und soll möglichst zeitnah auf rekultivierten Abschnitten wieder eingebaut werden. Auf der offenen Fläche treten erhöht Erosionsvorgänge und Abschwemmungen durch Wind und Niederschläge auf.

Die Flächeninanspruchnahme ist von temporärer Dauer. Die Funktionsfähigkeit der Böden wird durch die zeitnahe Rekultivierung der verfüllten Abschnitte wiederhergestellt. Die vorgesehene Rekultivierungsschicht von 1,00 m durchwurzelungsfähigen Unterboden und 0,20 m humosem Oberboden kann die Funktionen des Bodenkörpers für die geplante Bepflanzung vollumfänglich erfüllen.

Der Abtrag des Oberbodens und die Überschüttung der Flächen stellt für das Schutzgut Boden eine erhebliche Beeinträchtigung von temporärer Dauer dar. Die Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung stellen sicher, dass der Eingriff in das Schutzgut Boden auf das minimale zeitliche und räumliche Maß beschränkt wird und dass die Zwischenlagerung des Bodens sachgemäß erfolgt.

Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt

Die maßgeblichen anlagenbedingten Auswirkungen betreffen die temporäre Flächeninanspruchnahme. Da es sich bei der Erweiterung des DK 0 und DK I- Bereichs um eine Fläche handelt, die auch in der bestehenden Genehmigung als Deponiefläche vorgesehen war, hat die jetzige Planung keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme zur Folge. Es erhöht sich voraussichtlich lediglich die insgesamt offene Einbaufläche, da für beide Ablagerungsarten Flächen vorgehalten werden müssen. Durch den vorgesehenen Einbau in Auffüllabschnitten und die zeitnahe Rekultivierung der verfüllten Abschnitte kann dieser Eingriff minimiert werden.

Bei den Vegetationsstrukturen handelt es sich um mittelwertige (Grünland, Ruderalvegetation, Jungwald, Einzelgehölze) und geringwertige (Acker) eingestufte Bestände. In Bezug auf den Artenschutz ist insbesondere die Feldlerche betroffen, die mit 5 bis 6 Brutpaaren in diesem Bereich vertreten ist, sowie Goldammer und Neuntöter. Für diese Arten wurden CEF-Maßnahmen in räumlicher Nähe vorgesehen (Anlage 6-2, Artenschutzrechtliche Prüfung).

Die vorgesehenen Änderungen der abschließenden Rekultivierung wirken sich positiv auf die ökologische Wertigkeit und auf die vor Ort vorhandenen und besonders geschützten Arten aus (vgl. Anlage 6-1 UVS, Anlage 6-2 artenschutzrechtliche Prüfung).

Balingen, den 13.02.2020

i.A. Dipl. Biol. Annemarie Weitbrecht